IV ZR 64/50

Verkündet am 5. März 1951,
Klett, Justizangestellter
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

I m N a m e n d e s V o l k e s !

In dem Rechtsstreit

der Postangestellten Liane B[redacted] in D[redacted]-M[redacted], A[redacted]strasse[redacted],

Klägerin, Berufungsbeklagte, Revisionsklägerin,

-Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. [redacted], [redacted]-

g e g e n

die Witwe Anna B[redacted] geb. H[redacted] in B[redacted], O[redacted]-Kreis,

Beklagte, Berufungsklägerin und Revisionsbeklagte,

-Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Justizrat Dr. [redacted], [redacted]-

wegen Auslegung eines Testaments,

hat der IV. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs auf die mündliche Verhandlung vom 26. Februar 1951 unter Mitwirkung der Bundesrichter Dr. Lersch, Raske, Ascher, Johannsen und Dr. Hartz für Recht erkannt:

Auf die Revision der Klägerin wird das Urteil des IV. Zivilsenats des Oberlandesgerichts in Köln vom

29. November 1949 (4 U 4/49) aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung auch über die Kosten der Revision an das Berufungsgericht zurückverwiesen.

Von Rechts wegen.

Tatbestand:

Die Beklagte hat am 11. Januar 1923 mit ihrem Ehemann das folgende notarielle Testament errichtet:

§ 1

Wir setzen uns gegenseitig als Alleinerben ein.

§ 2

Nach dem Tode des Letztlebenden von uns sollen die Grundstücke nebst Gebäuden, soweit sie aus der Familie des Mannes herrühren, an dessen gesetzliche Erben, soweit sie aus der Familie der Ehefrau herrühren, an deren gesetzliche Erben fallen.
Dagegen sollen von den gemeinsam erworbenen Grundstücken fallen:

a) an die gesetzlichen Erben des Ehemannes:
Grundstück W[redacted] Artikel 2052
Flur 40 Nr. 220
Nr. 672/231
Nr. 673/231

Matthias Prinz
Rechtsanwalt
www.prinz.law

und ferner ein 1/2 Anteil an Flur 39 Nr. 672/96,

b) an die gesetzlichen Erben der Ehefrau:
das andere 1/2 Anteil an Flur 39 Nr. 672/96
und ferner Flur 35 Nr. 511 (58 lies)
Flur 43 Nr. 588
Nr. 600.

§ 3

Das nach dem Tode des Letztlebenden vorhandene tote und lebende Inventar einschliesslich der Möbel fällt an die gesetzlichen Erben des Ehemannes mit Ausnahme folgender Sachen, welche an die Familie der Ehefrau zurückfallen, nämlich:

a) die sämtlichen Möbel des sog. besten Zimmers, einschliesslich des Porzellans, der Decken und Gardinen usw, mit Ausnahme des Klaviers,

b) die sämtlichen Möbel und Sachen des ehelichen Schlafzimmers, einschliesslich Bettwäsche, Leinen und Kleider, mit Ausnahme der Kleidungsstücke des Ehemannes,

c) der Küchenherd.

§ 4

Schreitet der überlebende Teil zu einer neuen Ehe, so hat er unter Verzicht auf sein Pflichtteil alles aus dem Nachlass des zuerst Verstorbenen Empfangene herauszugeben,

Hinweis: Auch Teile der Urteilssammlung sind als Datenbank nach §§ 87a ff. UrhG geschützt.

JLaw – Gesetze und Urteile (mobile App)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
JLaw – für Android
JLaw – für iOS

-oder, wie die Beklagte behauptet, "herauszuzahlen"
- und zwar nach Massgabe wie unter § 2 und 3 ausgeführt.

Der Ehemann ist im Jahre 1937 gestorben. Die Beklagte wurde darauf als befreite Vorerbin in das Grundbuch eingetragen. Sie hat mehrere Grundstücke, die dem verstorbenen Ehemann gehört hatten, und auch einige ihrer eigenen veräussert.

Die Klägerin ist eine Nichte des verstorbenen Ehemanns und dessen gesetzliche Erbin. Sie ist der Auffassung, dass sie durch das gemeinschaftliche Testament der Eheleute B[redacted] zur Nacherbin des verstorbenen Ehemanns und die Beklagte zur nichtbefreiten Vorerbin eingesetzt sei. Mit der Klage hat sie Feststellung verlangt, dass die Beklagte hinsichtlich der von ihrem Ehemann hinterlassenen Grundstücke nebst Gebäuden, soweit sie aus der Familie des Ehemannes herrühren, und hinsichtlich der in § 2a des Testaments bezeichneten Grundstücke nur einfache, nicht befreite Vorerbin sei.

Das LG Köln hat der Klage entsprochen, das OLG hat sie abgewiesen. Mit der Revision erstrebt die Klägerin Wiederherstellung des landgerichtlichen Urteils, hilfsweise Zurückverweisung an die Vorinstanz.

Die Beklagte bittet um Zurückweisung der Revision.

Entscheidungsgründe:

Die Revision ist zulässig. Zwar hat das Oberlandesgericht den Streitwert nur auf DM 5.000.-- festgesetzt. Dieser übersteigt aber DM 6.000.--, wie die beigebrachten Auskünfte über den Einheitswert der Grundstücke ergeben.

Das Berufungsgericht geht bei der Auslegung des Testamentes davon aus, dass bei einem gemeinschaftlichen Testament mit Nacherbeneinsetzung, wobei sich kinderlose Ehegatten - wie hier - zu "Alleinerben" einsetzen, der Wille der Testierenden regelmässig auf eine befreite Vorerbschaft gerichtet sei, weil dies der natürlichen Auffassung über die Stellung des überlebenden Ehegatten entspreche. Die Revision rügt mit Recht, dass damit anerkannte Auslegungsgrundsätze verletzt sind. Denn eine solche Auslegungsregel besteht jedenfalls für ländliche Verhältnisse, wie sie hier in Betracht kommen, nicht. Nach dem Gesetz bildet die Beschränkung des Vorerben gemäss §§ 2113 ff BGB die Regel. Die Befreiung, § 2136 BGB, ist die Ausnahme. Für eine Nacherbeneinsetzung in einem gemeinschaftlichen Testament gilt nichts anderes. Es bedarf daher immer einer besonderen Anordnung der Befreiung, mag sie ausdrücklich geschehen, oder sich aus dem übrigen Inhalt des Testaments ergeben. Dabei wird dem Berufungsgericht zuzugeben sein, dass nach den Erfahrungen des ersten Weltkrieges und der zum Zeitpunkt der Testamentserrichtung stark fort-

schreitenden Inflation eine gewisse Neigung bestanden haben mag, die Ehefrau so frei wie möglich zu stellen (OGH in MBl 2, 59). Allein diese Erwägung kann erst Platz greifen, wenn das Testament ausreichende Anhaltspunkte dafür enthält, dass überhaupt eine Befreiung gewollt ist, und für ländliche Verhältnisse ist demgegenüber zu berücksichtigen, dass allgemein eine engere Bindung der Familie an den Grundbesitz besteht. Hier muss also weitgehend mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass die Testierenden den vorhandenen Grundbesitz der Familie erhalten wollen.

Das Berufungsgericht hat nun aus dem Gebrauch des Wortes "Alleinerbe" geschlossen, dass die Testierenden zugunsten des Überlebenden mehr wollten als eine nicht befreite Vorerbschaft, denn im vorliegenden Fall sei es nicht erforderlich gewesen, den durch das Wort Alleinerbe gewöhnlich ausgedrückten Gegensatz zu einer Mehrheit von Erben zum Ausdruck zu bringen. Wenn das Berufungsgericht damit gemeint haben sollte, dass hier wegen der Kinderlosigkeit der Testierenden der Überlebende von ihnen ohnehin alleiniger gesetzlicher Erbe des Erstversterbenden geworden wäre, so kann dem nicht gefolgt werden, weil jedenfalls die Klägerin als Nichte des Ehemannes neben dessen Ehefrau als gesetzliche Erbin zur Hälfte berufen gewesen wäre (§§ 1925, 1931 BGB). Aus dem Gebrauch des Wortes Alleinerbe kann daher auch in diesem Fall nichts dafür entnommen werden, dass es sich um eine befreite Vorerbschaft handelt.

Hiernach rechtfertigt weder die Tatsache, dass ein gemeinschaftliches Testament vorliegt, noch der Gebrauch des Wortes Alleinerbe die Auslegung, die das Berufungsgericht dem Testament gegeben hat. Der Wortlaut des Testaments legt im Gegenteil eine andere Beurteilung nahe. Im § 2 treffen die Eheleute Bestimmungen über die Verteilung des Grundbesitzes nach dem Tode des Letztlebenden. Dabei gehen sie ersichtlich davon aus, dass der gesamte z.Zt. der Testamentserrichtung vorhandene Grundbesitz auch noch beim Tode des Letztlebenden vorhanden ist und verteilt werden soll. Das ergibt sich daraus, dass die gemeinsam erworbenen Grundstücke einzeln aufgezählt und unter die zu Nacherben berufenen gesetzlichen Erben des Mannes und der Frau verteilt werden. Bei den nicht gemeinsam erworbenen Grundstücken bedurfte es einer Aufzählung nicht, weil diese je nachdem, ob sie vom Mann oder der Frau herrühren, insgesamt den entsprechenden gesetzlichen Erben zufallen sollten. Der Wortlaut des § 2 spricht hiernach deutlich gegen eine befreite Vorerbschaft. Das gleiche gilt für § 3. In ihm werden über das bewegliche Eigentum Bestimmungen getroffen. Dabei wird ausdrücklich von dem nach dem Tode des Letztlebenden vorhandenen toten und lebenden Inventar gesprochen. Es bedarf keiner Entscheidung, ob damit für die Vorerbin eine Verfügungsbefugnis über bewegliches Eigentum begründet werden sollte, oder ob dabei die Möglichkeit berücksichtigt ist, dass einzelne Stücke aufgebraucht oder durch neue ersetzt sein könnten.

Hier ist nur von Bedeutung, dass im § 3 deutlich eine Verminderung des Bestandes als möglich angenommen wird, während das im § 2 hinsichtlich der Grundstücke nicht geschehen ist. Es ist nicht zu verkennen, dass darin ein starkes Indiz für eine nicht befreite Vorerbschaft hinsichtlich der Grundstücke liegt.

Auch das Berufungsgericht erkennt an, dass der Wortlaut des § 2, da er im Gegensatz zum § 3 das Wort vorhanden nicht enthält, für eine Beschränkung des Vorerben sprechen könnte, meint aber, dass demgegenüber der von ihm angenommenen natürlichen und regelmässig vorauszusetzenden Grundauffassung stärkere Bedeutung zukomme. Diese Grundauffassung kann, wie dargelegt, jedoch nicht als Auslegungsregel herangezogen werden.

Aber auch der § 4 spricht gegen eine befreite Vorerbschaft. Er enthält eine besonders starke Beschränkung des Erbrechts des überlebenden Ehegatten für den Fall seiner Wiederverheiratung. Das Berufungsgericht sieht darin nur eine der möglichen Bestimmungen für den Wiederverheiratungsfall und verweist darauf, dass bei solchen Klauseln der Überlebende bis zur Wiederverheiratung nach verbreiteter Auffassung soweit wie möglich freies Verfügungsrecht über den Nachlass haben soll. Dabei übersieht das Berufungsgericht, dass diese Auffassung nur für die Fälle vertreten wird, in denen überhaupt nur eine durch die Wiederverheiratung bedingte Nacherbeneinsetzung vorliegt (KG in JFG 13, 155 ff/

160). Wenn aber, wie hier, der Überlebende von vornherein nur Vorerbe ist, dann lassen sich aus der Regelung für den Fall der Wiederverheiratung Anhaltspunkte dafür gewinnen, wie die Stellung des Vorerben, auch abgesehen von der Wiederverheiratung, sein soll. Nach § 4 des Testaments soll der Überlebende im Falle seiner Wiederverheiratung alles herausgeben - oder herauszahlen - was er aus dem Nachlass des zuerst Verstorbenen empfangen hat und ausserdem auf seinen Pflichtteil verzichten. Darin liegt eine starke, über den Umfang der sonst für diesen Fall üblichen Klausel hinausgehende, erhebliche Beschränkung des Überlebenden. Würde man aus dieser Bestimmung die allgemeine Willensrichtung der Testierenden entnehmen können, so würde man zu einer starken Bindung des Überlebenden auch im übrigen und damit zu einer nicht befreiten Vorerbschaft kommen müssen. Aber selbst wenn man nicht soweit gehen will, ist nicht zu übersehen, dass der Wortlaut auch hier insofern gegen eine befreite Vorerbschaft spricht, als der Überlebende verpflichtet wird, "alles Empfangene" herauszugeben, oder herauszuzahlen. Für eine Auslegung dieser Bestimmungen dahin, dass das "Empfangene" nur dasjenige sein soll, was der Überlebende z.Zt. der Wiederverheiratung noch besitzt, ist insbesondere wegen des Zusatzes, dass die Herausgabe "nach Massgabe der §§ 2 und 3" zu erfolgen habe, kein Raum.

Im Ergebnis spricht daher viel für die Annahme, dass die Beklagte jedenfalls wegen der Grundstücke nicht befreite

Vorerbin ist.

Das Berufungsgericht verwendet aber weiter für seine Auslegung den ausserhalb des Testaments liegenden Gesichtspunkt, dass es in erster Linie der Wille der Testierenden gewesen sei, den anderen Ehegatten für den Rest seines Lebens sicherzustellen und dass diese Sicherstellung durch eine blosse Nutzniessung nicht zu erreichen gewesen sei. Welche Bedeutung diesem vom Berufungsgericht festgestellten Willen der Testierenden für die Auslegung des Testaments noch zukommt, wenn die Würdigung des Testaments nach seinem Wortlaut an sich zu einem vom Berufungsgericht abweichenden Ergebnis führen würde, liegt auf tatsächlichem Gebiet und kann vom Revisionsgericht nicht entschieden werden. Deshalb ist Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung an das Berufungsgericht geboten. Bei der erneuten Entscheidung wird das Berufungsgericht auch näher zu prüfen haben, ob der von ihm aufgestellte Erfahrungssatz, dass eine Sicherstellung des Überlebenden durch eine blosse Nutzniessung nicht zu erreichen gewesen sei, richtig ist, besonders im Hinblick auf die von der Klägerin aufgestellten Behauptungen über sonsti-

ges Vermögen des Erblassers.

Streitwert: DM 8.000.--.

gez. Dr. Lersch gez. Raske gez. Ascher
gez.Johannsen gez. Dr. Hartz